



Positionspapier

SolidarTicket für NRW

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen eine umfassende Verkehrswende. Mobilität ist ein elementarer Faktor für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Ohne Mobilität ist der Zugang zu wesentlichen Teilen des gesellschaftlichen Zusammenlebens eingeschränkt oder sogar gar nicht erst möglich. Gerade deshalb ist Mobilität eine der Kernaufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine Gesellschaft, die sich als Sozialstaat versteht muss daher die Mobilitätsinfrastruktur schaffen, die Allen ermöglicht dieses Bedürfnis angemessen zu decken.

Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, Mobilitätsangebote in Anspruch zu nehmen. Mobilitätsangebote müssen deshalb flächendeckend vorhanden und bezahlbar sein. Die Ausgestaltung unserer Verkehrsinfrastruktur muss zudem ökologisch orientiert sein, damit auch der Mobilitätssektor seinen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele leisten kann. Deshalb ist das verkehrspolitische Dreieck aus Teilhabe, Bezahlbarkeit und ökologischer Verantwortung die Basis unserer sozialdemokratischen Mobilitätspolitik.

Nordrhein-Westfalen steht dabei vor vielfältigen Herausforderungen. So gilt es nicht nur die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen auf den Hauptverkehrsachsen und in den verdichteten Ballungsräumen zu befriedigen, sondern auch in den eher ländlich geprägten Räumen unseres Landes.

Um eine umfassende Verkehrswende sowohl in städtischen als auch ländlich geprägten Gebieten zu gewährleisten, muss eine bessere Finanzierung sichergestellt werden.

1 Unsere Forderung kurz und knapp

Die SPD-Landtagsfraktion spricht sich für ein günstigeres Angebot als das 49€-Ticket für finanziell benachteiligte Menschen in NRW aus. Das Deutschlandticket kostet derzeit für die Bürger*innen 49€. Das SolidarTicket soll daran angelehnt 29€ kosten und denselben Geltungsbereich haben.

Außerdem fordern wir, dass Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres den ÖPNV kostenlos nutzen können.

Die Kostenlücke ist vom Land zu tragen oder in der Finanzierung einzelner Zielgruppen durch Bund, Land und Kommunen. Die Sicherstellung des Angebots liegt beim Land.

Ergänzt wird dies durch Forderungen für bessere Jobticket-Konditionen. Hier wird im ersten Schritt die Gruppe der Landes- und Kommunalbeschäftigten angesprochen.

2 Zielgruppe Schüler*innen



Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres den ÖPNV kostenfrei nutzen können. Hierfür ist das Land NRW in der Verantwortung eine Finanzierung der benötigten Deutschlandtickets sicherzustellen.

Anschließend sollen junge Erwachsene bis zur Beendigung der Ausbildung ein SolidarTicket bekommen können.

In Kommunen und Verkehrsunternehmen wird Personal eingesetzt, um Schüler*innenfahrtskosten zu bearbeiten. Durch die Systemvereinfachung kann Verwaltungspersonal in den Kommunen entlastet werden.

3 Zielgruppe Azubis und Dual-Studierende

Durch das Deutschlandticket sind die derzeitigen Angebote von Azubitickets, die rund 80€ kosten, überholt. Die hierfür existierende Bezuschussung durch das Land soll für ein zeitgemäßes Modell, wie das SolidarTicket, genutzt werden.

Bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres sollen Azubis, wie Schüler*innen, ein Anrecht auf ein kostenfreies Deutschlandticket erhalten, welches vom Land finanziert wird.

Auszubildende und Dual-Studierende über 18 sollen bis zur Beendigung der Ausbildung ein SolidarTicket bekommen können.

4 Zielgruppe Studierende

Wir unterstützen derzeit die ASten bei ihrer Forderung das bisherige Modell des Studierendentickets aufrecht zu erhalten. Hierfür muss das Angebot des Tickets auf das Deutschlandticket ausgeweitet werden und die entstehenden Kosten für Studierende müssen deutlich gesenkt werden.

Falls das bestehende Studierendenticket nicht rechtssicher aufrecht zu erhalten ist, sind wir für eine Ausweitung unseres SolidarTickets auf die Zielgruppe der Studierenden. Studierenden aller Hochschulen soll der Erwerb eines SolidarTickets möglich sein.

5 Zielgruppe Sozialleistungsempfänger*innen

Empfänger*innen von Sozialhilfeleistungen gehören zur Zielgruppe für ein SolidarTicket. Dieses muss auf Wunsch auch in nicht-digitaler Form zu Verfügung gestellt werden.

Durch die Einführung eines SolidarTickets dürfen Mobilitätzuschüsse aus Sozialhilfeleistungen nicht wegfallen.

6 Jobticket

Wir setzen uns für eine vergünstigte Alternative zum Deutschlandticket als Jobticket auf Landesebene ein. Hierbei ist auch eine stärkere Umlage auf die



Arbeitgeber begrüßenswert aus Sicht der Fachkräftegewinnung und -sicherung.
Im ersten Schritt fordern wir dies für Beschäftigte von Kommunen und Land. Das
Land sollte sich bei seinen Mitarbeitenden mit 25% an der Finanzierung des
Deutschlandtickets beteiligen.